



Positionspapier der Bürgerinitiative Rommelsheim

Zum Thema "Unterbringung für Geflüchtete in der Gemeinde Nörvenich - Ortsteil Rommelsheim"

05.10.2023

Einführung

Seit März 2023 hielt sich das Gerücht, in Rommelsheim im Ortskern eine Unterbringungsmöglichkeit für Geflüchtete zu schaffen. Dieses Gerücht wurde zu Beginn von der Gemeinde Nörvenich als solches gegenüber Interessierten abgetan. Als sich dieses Gerücht im August 2023 jedoch bewahrheitete, formierte sich der Ort Rommelsheim aus folgenden Gründen gegen dieses Bauvorhaben:

- zu nutzendes Bauland wurde laut Zeitzeugen immer wieder den Rommelsheimerinnen und Rommelsheimern versprochen
- Der Ort hat sich seit 1991 nicht weiterentwickelt
- Weitere Neubaugebiete für Rommelsheim sind nicht absehbar

Verstoß der Gemeinde zu §23 (1) und (2) GO

Der §23 GO bezieht sich auf die Unterrichtung der Einwohner. Dieser sieht vor, dass der Rat die betroffenen Einwohner über Grundlagen, Ziele und Zwecke vollumfänglich zu informieren hat. Dabei reicht ein Hinweis zum Ratsinformationssystem nicht aus. Dies ist durch das aktive Verschleiern des Bauvorhabens seitens der Gemeinde nicht geschehen, sodass die Bürgerinitiative (im Folgenden BI gekürzt) hier einen Verstoß gegen diesen Paragraphen sieht.

Des Weiteren hat die Gemeinde - insbesondere Bürgermeister Dr. Czech - den §24 GO i.v.m. 126b Bürgerliches Gesetzbuch zum Thema Anregungen und Beschwerden verletzt. Mehrere Bürgerinnen und Bürger von Rommelsheim haben sich schriftlich an die Gemeinde gewandt und einen Ausblick zur eigennützigen Weiterentwicklung von Rommelsheim angefragt.

Am 01.09.2023 hat auf Drängen der BI eine Informationsveranstaltung mit Herrn Dr. Czech und anderen Ratsmitgliedern in Rommelsheim stattgefunden. In dieser nannte er die "Christopherus Schule" als Alternative zum genannten Bauvorhaben. Es stellte sich später heraus, dass dieses keine Alternative sondern eine Zusatzlösung sein soll. Viele Bürgerinnen und Bürger von Rommelsheim verstanden die Lösung mit der Schule als Ablösung des Bauvorhabens im Ortskern und die Schaffung von Wohnraum für Ortsansässige - seit Jahren fehlendes Wachstum der Ortschaft wurde schließlich im Rat kritisiert. Erst fünf Tage nach der Veranstaltung bei einer gemeinsamen Infoveranstaltung mit dem Gemeindeteil Frauwüllesheim räumte Dr. Czech auf Anregung des Publikums mit diesem Gerücht auf. Die "Christopherus Schule" in Rommelsheim soll nun zur kurzfristigen Notunterkunft für Geflüchtete verwendet werden. Die Option, das Schulgebäude umzubauen und auf dem umliegenden Grundstück weitere Container zu installieren, bietet eine Unterbringungsfläche und -anzahl, die für den Ort Rommelsheim nicht tragbar ist. Hierbei ist damit zu rechnen, dass bei Ausnutzung der Unterbringungskapazität des bestehenden Schulgebäudes sicherlich 50 bis 60 Menschen dort untergebracht werden, wodurch sich die Einwohnerstruktur des Ortes künftig auf mindestens 10 % Geflüchtete zu 90 % Ortsansässige verändert. Dies wird um so prekärer, als die Gemeinde nach Auskunft des Bürgermeisters keine Mittel zur Förderung der Integration der Flüchtlinge aufbringen kann.

Akzeptabel ist eine ca. 5%ige Anzahl an Geflüchteten im Verhältnis zur Rommelsheimer Bevölkerung. Hierzu hat sich die BI mit der Gemeinde Niederzier in Verbindung gesetzt. Vergleichbar ist Rommelsheim mit dem Ort Selhausen (ca. 403 Einwohner). Die Gemeinde Niederzier hat hier reell geplant und anteilig auf die Einwohnerinnen und Einwohner insg. 18 Geflüchtete eingesiedelt.

Dr. Czech wies darauf hin, er benötige die Eigeninitiative und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger für geeignete Grundstücke, um diese vollumfänglich zu prüfen und als Möglichkeit in Betracht zu ziehen. So meldeten sich Frauwüllesheimer Stimmen mit Alternativen, die am Folgetag im Ratsbeschluss nicht diskutiert wurden und sich mit

irrelevanter Argumentation als nichtig erwiesen. Dabei wurde u. a. eine Stromtrasse als Grund genannt, welche quer über das genannte Grundstück verläuft. Zudem liegt das außenliegende Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft der Frauwüllesheimer Ratsmitglieder. Beschlossen wurde der Bau einer Containerlandschaft auf dem Sportplatz in Frauwüllesheim, der im Wohngebiet liegt. Dies führt letzten Endes darauf zurück, dass die Bewertung der Immobilien aufgrund dieser Unterkunft deutlich schlechter ausfällt. Die Interessenten- und Käuferschicht wird dünner und der zu erwartende Immobilienpreis schwillt stark ab. Das kommt einem enteignungsähnlichen Eingriff gleich, der bewusst nur der allgemeinen Dorfbevölkerung ohne Ausgleich zugemutet wird. Die BI weist darauf hin, dass beide Objekte in der Ortsmitte von Rommelsheim liegen und würden hier zu hohen Wertverlusten aller Rommelsheimer führen (Art. 14 (3) GG).

Rommelsheimer Infrastruktur und Dorfleben

Rommelsheim fehlt es seit Jahren an

1. einem geeigneten Versammlungsort
2. einem Veranstaltungsort, der wetterunabhängig ist
3. einem nach neuen Maßstäben geeigneten Spielplatz

Das bisher verwendete Vereinsheim der SV Alemannia Rommelsheim 1928 e. V. lässt max. 70 Personen zu. Bei einer Bevölkerung von 470 Personen können ca. 14% der Ortsansässigen an Veranstaltungen teilnehmen.

Gleichzeitig ist eine terminliche Abstimmung für das Vereinsheim aufgrund der Belegbarkeit des Sportplatzes schwierig.

Auf dem Gelände der Feuerwehr finden jährlich mehrere Veranstaltungen der Feuerwehr, dem Kinderkarneval und der Maijugend statt. Hierzu zählt ebenfalls der Tanz in den Mai. Zur Erhaltung der traditionellen Festlichkeiten organisiert die ortsansässige Maijugend ihre jährliche Feier. Auf dem Spielplatz (Heinestraße, Gertrudisstraße, Römerstraße) wird der Dorfmai aufgestellt. Der anschließende Tanz in den Mai findet unter freiem Himmel an den alten Umkleidekabinen des Fußballvereins statt. Vor einigen Jahren hat diese Feierlichkeit noch auf dem Spielplatz in unmittelbarer Nähe des Maibaums stattgefunden. Hierdurch fühlten sich diverse Anwohner belästigt.

Der Kinderkarneval nutzt ebenfalls die ehemaligen Umkleidekabinen auf dem Gelände der Feuerwehr als Proberaum. Dieser Raum steht auch bei Wahlen zur Verfügung. Die ehemaligen Umkleiden sind stark renovierungsbedürftig, da es in diese Räumlichkeiten rein regnet.

Im Falle eines Feuerwehreinsatzes während einer Veranstaltung besteht eine Gefahr für die Besucherinnen und Besucher, da der Vorplatz zunächst geräumt werden muss. Zusätzlich ist ein rechtzeitiges Ausrücken der Feuerwehr stark gefährdet.

Aufgrund der oben aufgeführten widrigen Umstände ist das Sportheim der Dreh- und Angelpunkt sozialer und interkultureller Zusammenkunft in Rommelsheim.

In der Ratssitzung vom 07.09.2023 wurde der Erwerb der "Christopherus Schule" beschlossen. Rommelsheimer sehen hier eine Chance, das Dorfleben zu reaktivieren. In den späten 1990er Jahren und den frühen 2000ern wurde die Schule für oben genannte Zwecke und zusätzliche Veranstaltungen, wie z.B. einer Dorfkirmes, St. Martin, Nikolausfeier und einem Trödelmarkt genutzt. Es haben Proben der Rommelsheimer Knöppelches Jonge und der Tanzgarde dort stattgefunden. Die Fläche um die Schule bietet genug Möglichkeiten, Veranstaltungen zu planen und umzusetzen. Um Rommelsheim einen neuen Spielplatz zu schaffen, bietet die "Christopherus Schule" ebenso genug Platz.

Zur fortlaufenden Finanzierung der „Christopherus Schule“ kann ebenfalls ein Rückblick in die Vergangenheit gewagt werden. Tagsüber könnte beispielsweise eine Tagespflegeeinrichtung, ein Sprach- und Integrationszentrum oder eine Übermittagsbetreuung ansässig werden. Durch eine Zusammenarbeit mit den zukünftigen Trägern ist eine fortlaufende Finanzierung und Instandhaltung gesichert.

Fazit

Durch die Verschiebung des Spielplatzes auf das Schulgelände und der Nutzung der "Christopherus Schule" für Vereine, Tambourkorps und weitere optionale Veranstaltungen wie Reibekuchenessen, Kuchenverkäufe, Bürgertreffen, "Jung trifft Alt", Bingoabende etc. bietet die "Christopherus Schule" die richtigen Räumlichkeiten - auch ohne großen Umbau.

Zusätzlich positioniert sich die BI im Sinne der Rommelheimerinnen und Rommelsheimer für den öffentlichen Erwerb der Baugrundstücke im Ortskern. Dabei würde der Rat das seit 60 Jahren versprochene Neubaugebiet schaffen, welches sich tatsächlich in die Ortsbebauung einfügt – gegensätzlich zur Vorlage 69/2023, welche weder baulich noch sozial zum Ort passt.

Die Rommelsheimer Bürger sind natürlich bereit, Ihren Anteil an der Bewältigung der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu leisten. Jedoch besteht die Bürgerschaft darauf, eine übermäßige Zuteilung von Flüchtlingen zu vermeiden. So sollte von vornherein sichergestellt werden, dass nicht etwa durch Aufstellung von Containeranlagen diese übermäßige Unterbringungssituation von mehr als 5% verschärft wird. Daher muss die Zusicherung verlangt werden, dass keine Erweiterung an anderer Stelle im Ortsteil Rommelsheim erfolgt, solange nicht in allen Ortsteilen der Gemeinde und im Kreisgebiet eine ähnliche Struktur erreicht ist.

Der BI und auch jedem Rommelsheimer ist bewusst, dass die Geflüchteten aufgenommen werden müssen. Rommelsheim möchte dabei unterstützen, aber nicht übergangen werden. Sinnvoll wären Containeranlagen (s. Wissensheim) am Dorfrand. Geeignete Möglichkeiten sind Flurstücke 123, 308, 180, 184, 109, 107, 187 und 173. § 246 Baugesetzbuch regelt, dass ohne Fristen die Nutzungsänderungen für Flächen umgesetzt werden können.

Die BI fordert einen gemeinsamen Kompromiss, der beide Seiten zufrieden stellt (Bsp. Dürener Zeitung vom 23.06.2023, 17:23 Uhr "Kompromiss statt Bürgerbegehren in Titz"). Dabei sollen Baugrundstücke **FÜR** Rommelsheimer im Ortskern, ein guter Veranstaltungs- und Versammlungsort in Rommelsheim geschaffen und gleichzeitig der am besten geeignete Ort für die Containerlandschaft gefunden werden, bei der einer Integration nichts im Wege steht.

Das Dorf Rommelsheim darf keinesfalls bezüglich der sozialen Struktur und der Wohnqualität einer vielleicht kostengünstigen Lösung für die gesamte Gemeinde geopfert werden!

Hier wird nochmal auf den o. g. vertretbaren prozentualen Zuzug von **5%** hingewiesen.

“Denn: Frieden ohne Freiheit heißt Unterdrückung. Frieden ohne Gerechtigkeit nennt man Diktat.”

- Olaf Scholz, 20.09.2023 UN-Vollversammlung New York